Stand: 14.11.2025 06:53:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2766

"Reform des Sexualstrafrechts - Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzen!"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/2766 vom 16.07.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4661 des VF vom 06.11.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/4748 vom 10.12.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

16.07.2014 Drucksache 17/2766

## **Antrag**

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Reform des Sexualstrafrechts – Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen der Reform des Sexualstrafrechts für einen umfassenden Schutz des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und eine Anpassung des § 177 Strafgesetzbuch (Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) einzusetzen. In Umsetzung der Vorgaben der Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ist künftig am fehlenden Einverständnis des Opfers anzuknüpfen.

### Begründung:

Am 11. Mai 2011 hat Deutschland das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) unterzeichnet. Art. 36 dieser Konvention verlangt, dass die Unterzeichnerstaaten "nicht einverständliche sexuelle Handlungen" unter Strafe stellen. Art. 36 Nr. 2 führt hierzu aus: "Das Einverständnis muss freiwillig als Ergebnis des freien Willens der Person, der im Zusammenhang der jeweiligen Begleitumstände beurteilt wird, erteilt werden."

Eine Ratifizierung der Konvention durch Deutschland ist bislang nicht erfolgt. Die derzeitige Regelung in § 177 StGB erfüllt die Vorgabe der Kriminalisierung und Ermöglichung wirksamer Strafverfolgung aller nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen nicht. Auch der jetzige Referentenentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs sieht die notwendige Anpassung der Vorschrift nicht vor.

Unter den Tatbestand des § 177 StGB fallen nach derzeitiger Rechtslage nur Fälle, in denen der Täter das Opfer durch Gewalt oder Drohung mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben oder unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist, nötigt, sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder an diesen vorzunehmen.

Folglich spielt der fehlende Wille des Opfers keine Rolle, sondern es müssten für eine Strafbarkeit Faktoren wie "Gewalt", "Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben" oder "Ausnutzen einer schutzlosen Lage" gegeben sein. Auch die letzte Tatbestandsalternative erfasst nur einen Teil der Taten, die ohne Gewalt oder Drohung erfolgen, z.B. wenn der Tatort im Wald liegt.

Dies führt dazu, dass zahlreiche strafwürdige Situationen nicht als Vergewaltigung unter Strafe gestellt sind, sondern allenfalls eine Verurteilung als Nötigung in Betracht kommt. Auf diese Problematik weist auch der Deutsche Juristinnenbund in seiner Stellungnahme vom 9. Mai 2014 unter Aufführung zahlreicher Beispielfälle hin (vgl. Nr. 2a "Stellungnahme zur grundsätzlichen Notwendigkeit einer Anpassung des Sexualstrafrechts (insbesondere § 177 StGB) an die Vorgaben der Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) von 2011"). Widerspricht das Opfer nicht mit Worten, wird es vom Täter überrascht oder ist es aus Angst erstarrt bzw. hält es körperlichen Widerstand für aussichtslos oder befürchtet es dadurch weitere Verletzungen, so kann der Täter derzeit nicht nach § 177 StGB bestraft werden. Wenn durch das Opfer eindeutig vermittelt wird, dass sexuelle Handlungen abgelehnt werden, so muss dies aber u.E. als sexuelle Nötigung/Vergewaltigung unter Strafe stehen. Zwar bliebe die Beweiserhebung auch nach einer Änderung der Regelung und einer Anknüpfung an das fehlende Einverständnis des Opfers schwierig. Jedoch wäre eine Anpassung ein wichtiges Signal für die Opfer und die Ermittlung des Sachverhalts wäre grundsätzlich weniger belastend für diese. Außerdem wäre eine Änderung ein deutliches Zeichen für potenzielle Täter, dass künftig das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung umfassend zu respektieren ist und kein Spielraum aufgrund der bisherigen Regelungslücken mehr besteht. Da nach § 184g StGB sexuelle Handlungen von einiger Erheblichkeit sein müssen, wird auch künftig verhindert, dass der Tatbestand auf nicht strafwürdiges Verhalten ausgeweitet wird.



# **Bayerischer** Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/4661 06.11.2014

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/2766

Reform des Sexualstrafrechts - Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzten!

## Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Florian Streibl **Mechthilde Wittmann** Mitberichterstatterin:

#### II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 6. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.12.2014 Drucksache 17/4748

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/2766, 17/4661

Reform des Sexualstrafrechts - Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

#### **Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Protokollauszug 33. Plenum, 10.12.2014

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

**Abstimmung** 

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 22)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 4 der Anlage zur Tagesordnung.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl (SPD) betref-

fend "Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte

einstellen?", Drucksache 17/2652, ist von der Tagesordnung abzusetzen. Er soll erst

im Plenum am 29. Januar 2015 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 22)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweili-

gen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste ein-

verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CSU, SPD, FREIE

WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. –

Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 14)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen! Drs. 17/723, 17/4451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Querschnittsförderung der Betreuungsvereine erhöhen – Ehrenamt stärken Drs. 17/2287, 17/4672 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Markus Ganserer, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sonderlösung Anwärter Forstdienst Drs. 17/2410, 17/4649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen? Drs. 17/2652, 17/4686 (A) [X]

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Einstellungsangebot für junge Lehrerinnen und Lehrer Drs. 17/2676, 17/4431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Reform des Sexualstrafrechts – Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzten! Drs. 17/2766, 17/4661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

7.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Moratorium bei TTIP-Verhandlungen nach neuer Spionageaffäre Drs. 17/2767, 17/4590 (A)			ER)	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		Z	
8.	Antrag der Abgeordnet Prof. (Univ. Lima) Dr. F Aufnahme des Bairisch Mundarten in die Euro Drs. 17/2770, 17/4592	Peter Bauer u.a. und F nen und bayerisch-frär päische Charta der Re	raktion (FREIE WÄHL nkischer bzw. schwäbis	scher	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
9.	Antrag der Abgeordnet Bernd Kränzle u.a. CS Basiskonten für Menso Drs. 17/2845, 17/4662	U hen mit geringem Einl	•		
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	团				
10.	Antrag der Abgeordner Thomas Gehring u.a. u Bericht zum LehrplanP Drs. 17/3095, 17/4616	ınd Fraktion (BÜNDNI LUS an Grundschuler	S 90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bestrafung von Vergewaltigungen Drs. 17/3210, 17/4671 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Oliver Jörg u.a. CSU Förderung der Medienkompetenz an Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit Drs. 17/3311, 17/4657 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	<b>Z</b>	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU)
 Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben! Drs. 17/3361, 17/4659 (G)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		A

14.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
	Halal aus Bayern – Chancen für heimische Erzeuger nutzen
	Drs. 17/3369, 17/4680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	A

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Engerlingplage in Obstanbaubetrieben – Sicherung der Arbeitsplätze in den bäuerlichen Familienbetrieben Drs. 17/3396, 17/4681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Aktionsjahr Waldnaturschutz Drs. 17/3414, 17/4682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Qualifizierte Ersthilfe vor Ort durch First Responder fördern Drs. 17/3543, 17/4656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
 Zukunft der wehrtechnischen Industrie in Deutschland und Europa Drs. 17/3654, 17/4660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath u.a. CSU Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern Drs. 17/3799, 17/4507 (E)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Irreführung beenden – Landtag entscheidet über gesamten Staatshaushalt Drs. 17/4179, 17/4570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
 Bericht zu den Ergebnissen des Kommunalgipfels Drs. 17/4178, 17/4582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sportförderung Curling unbedingt erhalten! Drs. 17/4182, 17/4583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
 Dem Curling Chancen für die Zukunft geben!
 Drs. 17/4196, 17/4577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zur weiteren Entwicklung des Bundesstützpunkts Curling in Füssen Drs. 17/4197, 17/4578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD

Grundrecht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl ernst nehmen: Mehr Masterstudienplätze schaffen und Übergang Bachelor / Master erleichtern Drs. 17/325, 17/4663

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Überprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie

Uberprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie Drs. 17/3715, 17/4658

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

#### der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a.
 SPD

Bericht zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern Drs. 17/4074, 17/4684

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

## der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Angelika Weikert, Martin Güll u.a. SPD Unterrichtsversorgung von dezentral untergebrachten Flüchtlingskindern und jugendlichen sicherstellen Drs. 17/4079, 17/4685

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

## der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Umsetzung der Evaluation der Polizeireform bei den Präsidien Drs. 17/4323, 17/4653

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat